

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

06.08.2021

Inhalt

EWN

- 1 | **Ausbildungsbotschafter sind starke Partner**
Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 06.08.2021 3
- 2 | **Halb Deutschland betroffen: Doch Suche nach Atom-Klo geht hinter verschlossenen Türen weiter**
FOCUS online, 05.08.2021 4

Ausbildungsbotschafter sind starke Partner

68 Auszubildende aus 29 Unternehmen der IHK-Region helfen bei der beruflichen Orientierung

Welchen Ausbildungsberuf soll ich ergreifen? Wer bildet aus? Wie bewerbe ich mich richtig? Sollte ich ein Studium oder lieber eine Ausbildung beginnen? Das sind nur einige der vielen Fragen, die Schüler/-innen während ihres Berufsorientierungsprozesses bewegen. Umso schöner ist es, wenn sie von anderen jungen Menschen und deren Erfahrungen lernen können und authentische Einblicke in den Berufsalltag erhalten.

Aus diesem Grund sendet die IHK Neubrandenburg für das östliche **Mecklenburg-Vorpommern** seit nunmehr vier Jahren IHK-Ausbildungsbotschafter zur Berufsorientierung in allgemeinbildende Schulen der Landkreise Mecklenburgische Seenplatte und Vorpommern-Greifswald und bereitet sie vorab auf ihren Einsatz im Unterricht vor.

Insgesamt stehen 68 Auszubildende aus 29 Unternehmen der IHK-Region den Schüler/-innen zur beruflichen Orientierung zur Verfügung. Dabei repräsentieren sie 23 verschiedene Ausbildungsberufe. Im Landkreis Vorpommern-Greifswald kommen die IHK-Ausbildungsbotschafter aus 15 Unternehmen:

- Das Ahlbeck Hotel & Spa
- Eigenbetrieb Kaiserbäder Insel Usedom
- **EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH**, Rubenow
- Hygiene Nord GmbH, **Greifswald**
- ml&s manufacturing, logistics and services, **Greifswald**
- R&S Dienstleistungen Reinigung & Service, **Greifswald**
- Seetel Hotel GmbH & Co. Betriebs-KG

- Stadtwerke **Greifswald GmbH**
- Steigenberger Grandhotel and Spa, Heringsdorf
- Cosun Beet Company GmbH & Co. KG, Anklam
- Upstalsboom Hotel Ostseestrand, Heringsdorf
- Usedom Palace Hotel, Zinnowitz
- Wohnungsbau-Genossenschaft **Greifswald eG**
- Wolgaster Wohnungswirtschaft GmbH
- Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, Ückeritz

TOP-Ausbildungsbetriebe 2021 im Landkreis Vorpommern-Greifswald

*DAS AHLBECK Hotel & SPA Buss & Bohlen OHG Bundeswehr-Dienstleistungszentrum Eisengießerei Torgelow GmbH **EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH** Eigenbetrieb Kaiserbäder Insel Usedom HanseYachts AG Lidl Vertriebs GmbH & Co. KG Ausbildungsfilialen in der IHK-Region Neubrandenburg Meeressterne GmbH NORMA Lebensmittel-filialbetrieb Stiftung & Co. KG Ausbildungsfilialen in der IHK-Region Neubrandenburg Peene-Werft GmbH & Co. KG Sparkasse Uecker-Randow Sparkasse Vorpommern Stadtwerke Greifswald GmbH Steigenberger Grandhotel & Spa Strandhotel Ostseeblick GmbH & Co. KG Cosun Beet Company GmbH & Co. KG T & P Hotel GmbH & Co. KG Upstalsboom Hotel Ostseestrand Usedom Palace Hotel Usedom Tourismus GmbH Volksbank Vorpommern eG Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Wohnungsbau-Genossenschaft Greifswald eG Travel Charme Bansin GmbH Strandhotel Bansin Travel Charme Heringsdorf GmbH Hotel Strandidyll Heringsdorf Volkssolidarität Nordost e.V. Anklam*



📄 FOCUS online | 05.08.2021 | S. online

👤 Matthias Hochstätter

🔗 WEBLINK

ENDLAGER FÜR ATOMMÜLL

Halb Deutschland betroffen: Doch Suche nach Atom-Klo geht hinter verschlossenen Türen weiter

Noch darf die Öffentlichkeit mitreden, wenn es um die Suche nach einem Endlager der hoch radioaktiven Brennstäbe deutscher Kernkraftwerke geht. Doch ab Sonntag ist erstmal Schluss damit. Auch steht die Frage im Raum: Was passiert mit der Endlager-Suche, wenn ein Kanzler Armin Laschet den Atomausstieg aufweicht?

Von Freitag auf Samstag tagt die letzte Fachkonferenz zur Endlagersuche in Darmstadt. Verbände, Landkreise und die interessierte Öffentlichkeit hatten sich zuvor schon dreimal getroffen, um über die Endlagersuche zu diskutieren. Wegen der Corona-Pandemie bislang nur virtuell. Jetzt kann man sich auch erstmals real begegnen, im Darmstadtium, dem Kongress-Zentrum Darmstadts. Über 500 Teilnehmer werden erwartet - und hitzige Debatten: Auch weil es die letzte Veranstaltung dieser Art sein könnte.

Nachdem die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) das Zwischenlager für Atommüll in Gorleben letzten September endgültig von der Liste möglicher Standorte gestrichen hatte, geht die Suche nun weiter. Dort, wo geeignete Ton-, Salz- oder Granitformationen unter der Erde ruhen, soll ab 2031 das Plumpsklo für die alten hochradioaktiven Brennelemente gebuddelt werden.

Etwa 1900 Castor-Behälter sollen es letzten Endes werden, so das zuständige Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), nachdem die letzten drei Kernkraftwerke Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2 wie im Atomgesetz vorgesehen Ende Dezember 2022 vom Netz gehen. 1900 Castor-Behälter benötigen 27.000 Kubikmeter Platz: Ein hoch radioaktiver Würfel mit 30 Meter Kantenlänge muss also für über eine Million Jahre sicher und mindestens 300 Meter unter der Erde lagern. Und wo? Dafür kommt nach dem derzeitigen Stand der BGE halb Deutschland in Betracht.

Endlagersuche droht zur Blackbox zu werden

90 mögliche Teilgebiete listet die BGE für Deutschland auf, unter denen mächtige Ton-, Salz- oder Granitschichten liegen - das betrifft 54 Prozent der deutschen Landesfläche. Außer dem Saarland kann sich kein Bundesland entspannt zurücklehnen. Vor allem Bayern bietet potenziell reichlich Platz. Dessen Ministerpräsident Markus Söder (CSU) ist daher nicht begeistert. Zwar hat man auch in Bayern immer gerne Atom-Strom produziert und genutzt, aber wer sitzt schon gerne bis in alle Ewigkeit auf einem radioaktiv verseuchten Plumpsklo? Auch wenn es über 300 Meter tief ist. Und oberirdisch soll das Endlager mit Hallen, Zuwegen und sonstigen Gebäuden eine Fläche von rund 34 Fußball-Feldern einnehmen. Sicher keine Augenweide und Touristen-Attraktion für einen Landkreis oder eine Stadt. Die BGE muss nun eine konkrete Vorauswahl treffen und den Suchradius nach einem Endlager eingrenzen. Vermutlich innerhalb der nächsten zwei Jahre könnte es Vorschläge für etwa zehn Gebiete geben, die dann von Geologen näher untersucht werden können. Landkreise und Umweltschutzverbände befürchten, dass die BGE nun unter politischen Druck gesetzt wird und ohne öffentliche Kontrolle nicht streng nur nach geologischen Kriterien vorgeht. So etwa Juliane Dickel vom Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND): "Dem nächsten Eingrenzungsschritt kommt eine zentrale Bedeutung zu. Laut Standortauswahlgesetz sind in dieser Phase jedoch keine Beteiligungsmöglichkeiten vorgesehen." Ein wichtiger Schritt in der Eingrenzung drohe so zu einer Black-Box zu werden, sagt Dickel zu FOCUS Online: "Damit sind Konflikte und Misstrauen vorprogrammiert."

Die zuständige Aufsichtsbehörde für die Endlagersu-

che, das BASE, ist einer weiteren öffentlichen Beteiligung am Auswahlprozess zwar grundsätzlich nicht abgeneigt. Zudem sieht das Standortauswahl-Gesetz in §5 die Möglichkeit weiterer Veranstaltungen für die Öffentlichkeit vor. Aber BUND-Expertin Dickel traut der Sache nicht so recht: "Kommt das BASE dem nicht nach, sollte das Bundesumweltministerium dies mittels einer Weisung festzurren."

Das BASE will erst ab dem kommenden Frühjahr eine weitere öffentliche Beteiligung zulassen. Dann könne die BGE klarer sehen, welche Methoden sie zur Eingrenzung der 90 Teilgebiete anwendet, so das Bundesamt. Diese "Beteiligungslücke" ist dem BUND jedoch zu groß.

"Renaissance der Atomkraft"? Bei der Endlager-Suche nicht vorgesehen

Der deutsche Dauer-Streit um die "böse Atomkraft" bzw. die "freundliche Kernenergie" ist seit der Reaktor-Katastrophe im japanischen Fukushima 2011 beigelegt. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte kurz zuvor den rot-grünen Atomausstieg von 2002 mit verlängerten Restlaufzeiten zwar aufgeweicht. Nach der japanischen Kernschmelze aber wieder bestätigt und ältere Kernkraftwerke sofort abschalten lassen. Die Endlagersuche gründet auf diesem Beschluss und rechnet fest damit, dass es nicht mehr als die prognostizierten 1900 Castor-Behälter mit Atom Müll werden. Christoph Hamann, Sprecher der BASE, zu FOCUS Online: "Nur dafür wird ein Endlagerstandort gesucht - eine Frage auch der Gerechtigkeit gegenüber kommenden Generationen."

CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet und sein Schatten-Wirtschaftsminister Friedrich Merz hatten zuletzt der weitgehend CO₂-freien Kernkraft nachgetrauert. Hätte doch eine längere Nutzung der noch laufenden sechs Kernkraftwerke einen früheren Ausstieg aus der klimafeindlichen Kohleverstromung erleichtert. Aus Klimagesichtspunkten hätte erst der Ausstieg aus der Kohle und dann der Ausstieg aus der Atomenergie stattfinden müssen, so Laschet noch 2019 in einem Interview mit dem Youtuber Dominik Porschen. Merz brachte sogar letztes Jahr im "Handelsblatt" den Neubau von in der Forschung befindlichen Thorium- und Dual-Fluid-Reaktoren ins Gespräch, deren verbrauchte Brennelemente "nur" eine radioaktive Halbwertszeit von 300 bis 500 Jahren hätten.

BASE-Sprecher Hamann: "Wer über Laufzeitverlängerungen oder gar Neubau von Atomkraftwerken in Deutschland redet, muss sich im Klaren sein, dass damit eine mühsam erreichte Befriedung eines jahrzehntelangen Kampfes zwischen Gegnern und Befürwortern dieser Technologie wieder neu aufflammen

wird. Die Basis für die Suche nach einem Endlager wäre verloren." Einbettungscode - Newsletter-Widget generisch (Zusatz zum Fazit-Kasten App) Fazit-Kasten - Hier den Newsletter zur Bundestagswahl abonnieren! Doch es scheint, als wäre für die Kernenergie der Zug abgefahren. Jenseits des ideologischen Zwists der Vergangenheit dominieren heute kühle Kostenkalkulationen. Die Kernkraft ist heute einfach zu teuer. Nach Berechnungen von Umweltbundesamt und Fraunhofer-Institut kostet die Erzeugung einer Kilowattstunde (kWh) Atomstrom etwa zwölf Cent - inklusive aller Folgekosten wie Rückbau, Zwischen- und Endlagerung 34 Cent. Zum Vergleich: Moderne Gaskraftwerke liefern Strom schon um die zehn Cent pro kWh, Windstrom gibt es mittlerweile schon für etwa sechs und Solarstrom für rund fünf Cent.

Die Energiekonzerne winken beim Thema Atomkraft daher auch einhellig ab.

So teilt EnBW FOCUS Online mit: "Die Frage nach dem Neubau von Kernkraftwerken oder der Verlängerung ihrer Laufzeiten stellt sich für die EnBW nicht." Man treibe stattdessen die Energiewende aktiv voran. "Für die noch laufende Anlage Neckarwestheim Block II ist die Stilllegungs- und Abbaugenehmigung bereits seit 2016 beantragt und der Genehmigungsprozess ist weit fortgeschritten."

Der ehemalige Eon-Chef Johannes Teyssen räumte im März gegenüber dem "Handelsblatt" ein: "Ich glaube, es wird kein kommerziell arbeitendes Unternehmen wieder in Kernenergie investieren. Wenn Kernkraftwerke noch irgendwo gebaut werden, dann von Staatsunternehmen oder mit massiver staatlicher Unterstützung. Die kommerziell genutzte Kernkraft hat sich erledigt." Die Kernkraft sei heute zu teuer, zu riskant und politisch zu brisant, so der langjährige Eon-Chef. Die Eon-Tochter Preussen-Elektra wickelt nun das Geschäft mit der Kernenergie ab. Auch hier das Statement zu FOCUS Online, dass der Weiterbetrieb der AKW über 2021/2022 hinaus "kein Thema" sei. Der ehemalige RWE-Konzernchef Peter Terium zog bereits 2012 einen Schlussstrich: "Wir werden nicht mehr in neue Kernkraftwerke investieren." Das finanzielle Risiko von Reaktor-Neubauten sei "für den Konzern nicht zumutbar". Auch Deutschlands größter Stromproduzent RWE hat sich mittlerweile den erneuerbaren Energien verschrieben. Nachdem inzwischen auch der Kohleausstieg beschlossen ist, will der Konzern bis 2040 klimaneutral werden - und erklärtermaßen ohne Kernenergie. Sie trägt derzeit sowieso nur noch etwa zwölf Prozent zur deutschen Stromversorgung bei und kann zudem keinen Beitrag zur Mobilität oder Wärmeversorgung leisten. "Wir konzentrieren uns auf Restbetrieb und Rückbau", heißt es aus der Konzern-Zentrale

aus Essen.

Die Suche nach einem Endlager für nicht mehr als 27.000 Kubikmeter Atommüll kann also weitergehen. Eine weitere Beteiligung der Öffentlichkeit wäre aller-

dings - auch für die Medien - wünschenswert. 24 Millionen Satellitenfotos aus 37 Jahren - Zeitraffer-Funktion auf Google Earth zeigt: So verändert sich Erde durch Klimawandel